

## Europa als Friedensmacht? Zwischen Sicherheitslogik und Gerechtem Frieden

### *Bericht von der Studientagung der Konferenz für Friedensarbeit in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing, 26. bis 27.1.2016*

Die Studientagung der Konferenz für Friedensarbeit sammelt einmal jährlich die Akteure evangelischer Friedensarbeit aus Landeskirchen, Werken und Einrichtung im Raum der EKD, und darüber hinaus zahlreiche interessierte Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter, die an friedensethischer Reflexion interessiert sind. Grundidee dieser Studientagungen ist es, die in kirchlicher Praxis verankerte Friedensethik und ihren Referenzrahmen von Friedenstheologie und Friedensspiritualität mit weiteren politischen und wissenschaftlichen Reflexionsmodellen ins Gespräch zu bringen, zu vernetzen, und so ethische Orientierung über die Grenzen verschiedener Praxiskontexte hinaus zu ermöglichen.

Die Studientagung im Januar 2016 stellte die Frage nach der „Friedensmacht Europa“. Ein Selbstverständnis Europas als „Friedensprojekt“ und dann politisch weiter entwickelt als „Friedensmacht“ gehört zu den zentralen Legitimitätsansprüchen des europäischen Einigungsprozesses und der EU. Mit den Krisen der jüngsten Zeit, von der Finanzkrise über den Ukraine-Konflikt bis hin zur „Flüchtlingskrise“ und dem Scheitern der Nachbarschaftspolitik, ist dieses Modell allerdings zunehmend in die Kritik geraten. Es geht bei der Suche nach politischen Lösungen für die Krisen auch um die angemessenen Beschreibungssprachen, die jeweils immer eingebettet sind in normative Kontexte, in „starke Wertungen“. Auf der einen Seite ist eine stärkere „Versicherheitlichung“ zu beobachten. Fragen wie Grenzsicherung, Kontrolle, Steuerung und auch eine Neubewertung der militärischen Instrumente bis hin zu Forderungen nach einer neuen nuklearen Komponente der Abschreckung nehmen einen breiten Raum in der gesellschaftlichen und politischen Debatte ein. Daneben stehen Diskurse, die vor „Abschottung“ warnen, offene Grenzen als Errungenschaften verteidigen möchten, menschenrechtlichen Fragen eine politische Schlüsselrolle zuweisen und an die Werte und humanitären Verpflichtungen Europas erinnern. Die Unterschiedlichkeit dieser Orientierungsmuster versuchte das Konferenzprogramm in konzeptioneller Zuspitzung mit der Antithese von „Friedenslogik“ und „Sicherheitslogik“ abzubilden, die einander als unterschiedene Paradigmen mit unterschiedenen normativen Grundannahmen gegenüberstehen. Evangelische Friedensethik geht im Horizont dieser Alternative einerseits „friedenslogisch“ von der „vorrangigen Option der Gewaltlosigkeit“ aus, erkennt aber andererseits auch die „sicherheitslogische“ Perspektive funktionierender Staatlichkeit an und sucht die analytischen und konstruktiven Potentiale beider Paradigmen auf dem Weg zu einem inklusiven und gerechten Frieden zu entfalten. Der Studientag sollte diese Potentiale herausarbeiten und prüfen, welche Ressourcen christliche Friedensspiritualität, Friedenstheologie und Friedensethik in die Suche nach einer dauerhaften Friedensordnung des „gemeinsamen Hauses Europa“ einbringen können. Im Hintergrund der Tagung stand dabei die Überzeugung, dass das christliche Friedenszeugnis zum einen die besondere und unverwechselbare lebendige Stimme des Evangeliums zur Geltung bringt, andererseits aber auch Orientierungswissen bereit stellt für sachhaltige Analysen und anschlussfähige politische Strategien in lokalen, regionalen und globalen Handlungskontexten.

Noch vor Beginn der eigentlichen Studientagung, im Kontext der Konferenz für Friedensarbeit am Montag, 25.1.16, hielt Frau **Prof. Dr. Klara Butting**, Alttestamentlerin an der Universität Bochum und Leiterin des geistlichen Zentrums Woltersberger Mühle, einen Vortrag über „**Sicherheit als „sicheres Wohnen“: Eine biblisch-theologische Orientierung**“. Sie wies auf die wichtige biblische Traditionslinie hin, welche die Landnahme Israels immer machtkritisch reflektiert und die menschlichen Herrschaftsmodelle zurückbindet an die rechtlich gebundene Herrschaft Gottes. Die Herrschaft Gottes

steht für einen dynamischen Rahmen, in dem das von Gott gewährte Recht zu einem offenen Lebensraum wird, in dem unterschiedliche Ansprüche vermittelt werden und Sicherheit als Wohnen an einem gemeinsamen Ort bewährt wird. Dieses biblische Narrativ ist bis heute trotz aller Deformationen im Raum christlicher Praxis leitend und hilft dazu, Politiken kritisch zu reflektieren und mit kontrafaktischen Praktiken des Friedens zu konfrontieren.

Die eigentlichen Vorträge des Studientages wurden am 26.1. eröffnet durch **einführende Bemerkungen** des Friedensbeauftragten der EKD, **Schriftführer Pastor Renke Brahms**, dem Leitenden Geistlichen der Bremischen Evangelischen Kirche. Er wies auf die Beiträge der Kirchen zu aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen hin, etwa auf das „Eckpunktepapier“ zum Weißbuchprozess der Bundeswehr, und auf die Erklärung der EKD zur Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den „IS“. Brahms betonte, dass die Positionierung der Kirchen angewiesen sei auf eine gründliche Diskussion und eine Vielfalt von Informationen und Positionen, dass aber auf dieser Grundlage die Stimme der Kirchen von erheblicher Tragweite für die sicherheitspolitischen Debatten in unserem Land sei.

**Dr. Uwe Optenhögel**, Leiter des Brüsseler Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, trug vor zum Thema **„Was ist Europa?“ Akteure, Strukturen und Instrumente europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik(en) in den aktuellen Herausforderungen**. Nach seinen Analysen krankt die Rolle Europas im „Krisenmodus“ daran, dass die weltweiten Zusammenhänge zu wenig mitgedacht werden und sich das „kurze Zeitfenster“ geschlossen habe, das es ermöglicht habe nach 1989 Europa im Rahmen einer weltweiten Friedensordnung zu positionieren. Diesen weiten Rahmen gelte es wieder zu gewinnen und dazu seien ein umfassender Sicherheitsbegriff und ein umfassender sicherheitspolitischer Dialog notwendig, der ressortübergreifende Zusammenarbeit, Abstimmung mit anderen Staaten, Einbeziehung von NGOs und die konkrete humanitäre Hilfe umfassen müsse.

**Dr. Heiko Biehl**, der Leiter des Forschungsbereichs Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, schloss mit einem Vortrag über **„Strategic Cultures“ und die sicherheitspolitischen Narrative im „gemeinsamen Haus Europa“** an. Eindrücklich und unterlegt mit umfangreichem empirischem Datenmaterial wies er auf die höchst diversen geschichtlichen Erfahrungen und Erinnerungskulturen der europäischen Nationen hin, die sich in unterschiedlichen Pfaden sicherheitspolitischer Kulturen verdichten und es umso schwerer machen, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu definieren. Im Zuge der gegenwärtigen Krisen sei eher zu beobachten, dass eine Regression in die jeweils nationalen Pfade stattfinde als eine Konvergenz zu einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Konzept, wie es im Vertrag von Lissabon als Ziel markiert wird.

In einer anschließenden Einheit ging es **Dr. Roger Mielke** aus dem Kirchenamt der EKD darum, unter dem Thema „Narrative christlicher Friedensethik(en)“ die Teilnehmenden der Tagung dazu anzuleiten, die eigenen biographischen und politischen Kontexte wahrzunehmen, in denen friedensethische und friedenspolitische Optionen verwurzelt sind. Er unterscheid dabei anhand einer systemischen Timeline-Arbeit ein eher pazifistisch orientiertes Narrativ kirchlicher Friedensethik, das entlang der begrifflichen Achse von Gewaltlosigkeit versus Gewalt entwickelt worden sei und einem zweiten, das entlang der Achse von Gerechtigkeit, Recht, Entwicklung formuliert wurde. Beide Linien haben sich immer wieder gekreuzt und einander argumentativ angereichert, am prominentesten in der Friedensdenkschrift von 2007. Heute sei die Frage, wie die Linien in einem neuen politischen Kontext und von einer neuen Generationenerfahrung her fortgeschrieben werden könnten.

Der Abend des 26.1. war einem friedensethischen und friedenspolitischen Dialog gewidmet, in dem sich die beiden **Paradigmen von Friedens- und Sicherheitslogik** in den Personen die Friedensforscherin **Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach** und **Brigadegeneral a.D. Armin Staigis** exemplarisch begegneten.

General Staigis betonte in seinem Statement, dass deutsche Sicherheitspolitik durch ihre grundgesetzliche Bindung immer einem Friedensimperativ folge, der aber künftig in einer noch deutlicher wertebasierten, Doppelstandards vermeidenden Politik gestärkt werden müsse. Friedens- und Sicherheitslogik seien nicht antithetisch, sondern vielmehr komplementär zu verstehen.

Prof. Birckenbach betonte die Differenz von Friedenslogik, die aus konkreten Erfahrungen der Begegnung mit bedrohten Menschen entwickelt sei, und Sicherheitslogik, die aus dem Vorrang der militärischen Instrumente heraus immer schon in Bedrohungs-, Abgrenzungs- und letztlich auch Gewaltszenarien denke. In der Diskussion wurde betont, dass eine vorschnelle Komplementarisierung der beiden Paradigmen den analytisch und auch praktisch wichtigen Unterschied einebnen könne und dann wegen der leichteren Zugänglichkeit und Anwendbarkeit für Regierungen doch die militärischen Instrumente und die damit verbundene „Sicherheitslogik“ Priorität hätten.

Der 27. 1. war nun unter der Überschrift **Bewährungsfelder des Gerechten Friedens – Herausforderungen für europäisches Handeln** zwei wesentlichen gegenwärtigen Konfliktfeldern gegenwärtiger europäischer Politik gewidmet: dem Ukraine-Russland Konflikt und den Fragen von Flucht und Migration.

**Dr. Ulrich Ulrich Kühn** vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg trug aus seinen Forschungen zur europäischen Russlandpolitik vor. Er zeichnete ein kritisches Bild der russischen Politik des Revirement der gegenwärtigen politischen Ordnung zur Wiedergewinnung einer überkommenen Großmachtstellung. Diese Politik treibe vor allem die jungen, gut ausgebildeten Eliten außer Landes und weise letztlich keine Wege zu einer umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung des Landes. Ebenso kritisch bewertete Kühn aber auch die westliche Russlandpolitik, die lange Zeit an der Selbstwahrnehmung Russland vorbei agiert habe und Widersprüchlichkeiten geradezu provoziert habe. Die europäische Politik müsse künftig erheblich klarer und bewusster einer Doppelstrategie von glaubwürdiger Verteidigungsbereitschaft einerseits und anschlussfähigen Kooperationsangeboten an Russland andererseits folgen. Flankierend seien die zivilgesellschaftlichen Kontaktflächen trotz aller Schwierigkeiten sehr bedeutsam, hier liege auch ein wichtiger Auftrag der Kirchen.

Der zweite Teil des Vormittags war von zwei Statements zum **Themenkomplex Flucht und Migration** bestimmt.

**Hans-Joachim Schwabe** von der Evang. Kirche im Rheinland betonte aus seiner praktischen Erfahrung heraus als Begleiter von geflüchteten Menschen und vor dem Hintergrund langjähriger persönlicher Begegnungen in Nordafrika, dass Flucht und Migration unausweichliche Realitäten der globalisierten Welt darstellen und es darum gehe, diese Realität in möglichst großer menschenrechtlicher Sensibilität für schutzbedürftige Menschen zu gestalten. Eine „Abschottung“ Europas sei keine realistische Möglichkeit und werde das Leiden und den Tod vieler unschuldiger Menschen zur Folge haben.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier**, Präsident des Bundesverfassungsgericht i.R. und ehemaliger Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, betonte aus staatrechtlicher Perspektive,

dass die gegenwärtige Flüchtlings- und Migrationspolitik der Bundesregierung geltendes Recht verletze, Deutschland europäisch isoliere, den Staat an den Rand seiner Funktionsfähigkeit gebracht und eine Sogwirkung auf Menschen in vielfältigen Nöten entfaltet habe, die nur noch mit einem effektiven Grenzsicherungsregime steuerbar sei. Er forderte wirksame Grenzsicherungen an den europäischen Außengrenzen, aber auch an den deutschen Grenzen, und Kontingentlösungen die Menschen auf der Flucht.

Den Abschluss der Studientagung bildete ein Podium mit dem Friedensbeauftragten Renke Brahms und Pastorin **Antje-Heider-Rottwilm** von „Church and Peace“, einem europäischen Verbund von Friedenskirchen und Gemeinschaften. Das Podium stand unter der Überschrift **„Die Kirchen als europäische Friedensakteure? Erfahrungen, Möglichkeiten Fragen und Spannungen“**. Frau Heider-Rottwilm berichtete von den vielen Praxiserfahrungen der Mitglieder von „Church and Peace“ in lokalen Kontexten, wo neben großen Problemen und Aufgaben aber auch erhebliche Spielräume für Akteure bestehen, die sich auf konkrete Problemlagen einlassen. Mit großer Klarheit müsse man betonen, dass Kirchen und christliche Gemeinschaften nur auf der Basis der „Friedenslogik“ mit programmatischer Gewaltlosigkeit handlungsfähig seien. Sie ermutigte die EKD und die Landeskirchen, diese Praxis noch erheblich klarer zu unterstützen und auch durch entsprechende Stellungnahmen im politischen Raum Position zu beziehen. Abschließend betonte **Renke Brahms als Friedensbeauftragter des Rates der EKD**, diese Rolle eines kritischen Kommentators weiter wahrzunehmen. Er ermutigte dazu, den in dieser Studientagung so eindrücklichen Zusammenhang von konkreter Wahrnehmung der Probleme und Aufgaben, ethischer Orientierung, theologischer Rückbindung und geistlicher Erfahrung weiter zu stärken und evangelische Friedensethik auch auf diese Weise als wichtige Ressource für Friedensprozesse im Gespräch zu halten.

Dr. Roger Mielke, 15.02.2016